

Beschlüsse der öffentlichen Gemeinderatssitzung vom 15.02.2021

Statische Sanierung Pfarrkirche St. Pankratius

- Vorstellung durch Architekt Speh

- Antrag Römisch-Katholische Kirchengemeinde Ostrachtal

Bei einer Gegenstimme wird mehrheitlich beschlossen:

Die Gemeinde Ostrach übernimmt maximal 5 % in Höhe von 38.405,05 € gedeckelt auf die Investitionskosten von 768.101,07 € an der Sanierung der katholischen Kirche St. Pankratius Ostrachtal. Die 5 % werden je nach Baufortschritt zu einem Drittel im Haushaltsjahr 2021, 2022, 2023 an die Kirchengemeinde ausbezahlt.

Einrichtung einer Regiobuslinie von Mengen über Ostrach nach Friedrichshafen

Es werden folgende einstimmige Beschlüsse gefasst:

- a) Zur besseren Anbindung an die Region Bodensee beantragt die Gemeinde Ostrach beim Landkreis Sigmaringen ein landkreisübergreifendes, integriertes Nahverkehrskonzept mit dem Bodenseekreis und dem Landkreis Konstanz unter Optimierung der bestehenden Busverbindungen zu erstellen.
- b) Die Gemeinde Ostrach beantragt beim Landkreis zur Verbesserung des ÖPNV-Angebots in der Region Mengen-Hohentengen-Ostrach eine neue Regiobuslinie von Mengen über Hohentengen, Ostrach, Königseggwald, Riedhausen, Wilhelmsdorf, Horgenzell, Oberteuringen nach Friedrichshafen einzurichten.
- c) Wenn für die Kommunen Kosten entstehen, wird die Gemeinde Ostrach diese nicht übernehmen.

Fortschreibung Regionalplan Bodensee-Oberschwaben

Folgender Beschluss wird mit zwei Ja-Stimmen und 14 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt:

Aufnahme eines Zusatzes in den Entwurf der Stellungnahme, dass die im Beschluss 2018 angebotenen zusätzlichen 15 ha ausdrücklich auf den ganzen Wagenhart bezogen werden sollen

Es wird folgender einstimmiger Beschluss gefasst:

Die Stellungnahme, welche von den Gemeinderäten Seitz, Arnold und Rauch vorbereitet wurde, wird als Gemeindestellungnahme an den Regionalverband übersandt.

Stellungnahme des Gemeinderates Ostrach im Rahmen des Beteiligungsverfahrens, 2. Anhörungsentwurf, zur Fortschreibung des Regionalplanes durch den Regionalverband Bodensee-Oberschwaben

(GR-Sitzung vom 15.02.2021)

Der Gemeinderat Ostrach hat in seiner Sitzung vom 01.02.2021 (und heute) die umfangreichen Unterlagen der 2. Anhörung erörtert und zur Kenntnis genommen, dass in der Rubrik „Vorranggebiete für Naturschutz und Landschaftspflege“ einige klarstellende Hinweise gegeben wurden, die zumindest den - aus Sicht des Gremiums existentiell wichtigen - Bestandsschutz für land-wirtschaftliche Nutzungen ansprechen, ohne diesen verlässlich zu garantieren.

Die den Hauptort sowie die Teilorte betreffenden Flächen, deren Herausnahme aus den Vorrangflächen durch den Gemeinderat gefordert wurden, sind jedoch weitestgehend nicht herausgenommen worden und weiterhin dieser Schutzzonenkategorie zugeordnet.

Weder diese Entscheidung an sich noch der lapidare Hinweis auf die „räumliche Unschärfe“ des Regionalplanes vermögen das Gremium zu überzeugen. Dort, wo der Regionalverband Flächen herauszunehmen bereit war – in der Regel völlig unstrittige Korrekturen mit eher redaktionellem Charakter – war es ja offenbar auch möglich, die erforderliche „räumliche Schärfe“ herzustellen. Der Gemeinderat kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass der Hinweis auf den Maßstab 1:50.000 und die daraus resultierende „Unschärfe“ erhalten müssen, um von der fehlenden Kompromiss- und Nachbesserungsbereitschaft des Regionalverbandes abzulenken.

Der Gemeinderat hält daher an den Forderungen entsprechend den bereits abgegebenen Stellungnahmen, auf die Bezug genommen wird, fest und fordert den Regionalverband nochmals auf, die Anliegen der Gemeinde ernst zu nehmen und der Gemeinde deutlich weiter entgegenzukommen.

Bei den Planansätzen im Bereich Rohstoffabbau und Rohstoffsicherung nimmt der Gemeinderat mit Befremden zur Kenntnis, dass die bereits mit Schreiben vom 26.09.2018 vom Gemeinderat abgelehnten Abbaugelände Jettkofen-Lohstock (437-125 VRG-Abbau) und Ochsenbach (437-111 VRG-Abbau + 437-112 VRG Sicherung) ungeachtet aller wiederholt gezeigten konstruktiven Mitgestaltungsbereitschaft des Gremiums weiterhin im Regionalplan enthalten sind.

Insbesondere beim Abbaugelände Jettkofen-Lohstock (437-125 VRG-Abbau) hatte der Gemeinderat bereits in seiner Stellungnahme vom 26.09.2018 nicht nur seine Zustimmung verweigert, sondern mit seiner wohlüberlegten Ablehnung das Angebot auf Ausweisung einer Fläche von zusätzlichen 15 ha im Bereich Wagenhart, Kieswerk Weimar, verbunden.

Wie wichtig dem Gemeinderat die Herausnahme dieser beiden Abbaugelände ist, zeigte sich erneut in dem Beschluss des Gremiums vom 05.10.2020, in dem dokumentiert wird, dass der Gemeinderat im Spätsommer 2020 auf Be-treiben

des Kieswerks Müller bereit war, sehr spät im Verfahren, eine Fläche von 75 ha als Vorranggebiet für Abbau und/oder Sicherung noch in den aktuellen Entwurf aufzunehmen.

Auch dieses Entgegenkommen zeigt deutlich die Bereitschaft des Gemeinderates, seiner Verantwortung als Rohstoffstandort gerecht zu werden und eben nicht in Fundamentalopposition gegenüber dem Regionalverband jeglichen Kiesabbau zu blockieren.

Dass es zur Umsetzung dieses Ansinnens nicht mehr kam lag nicht an vom Gemeinderat zu beeinflussenden Faktoren.

Letztlich bleibt für den Gemeinderat festzustellen, dass der Regionalverband die Kommune zwar wiederholt formal „anhört“, dabei aber pauschal ablehnende Stellungnahmen ebenso ignoriert wie solche, die das Verfahren konstruktiv mitzugestalten versuchen.

Vor allem die betroffenen Ortsteile und die dort in Verantwortung stehenden Ortschaftsräte wie auch der für die Gesamtgemeinde verantwortliche Gemeinderat zweifeln inzwischen stark an, mit ihren stets sachorientierten Stellungnahmen beim Regionalverband irgendeinen (Teil-)Erfolg erzielen zu können und empfinden das Anhörungsverfahren inzwischen als den Versuch,

dem Verfahren den Anstrich eines ausgewogenen, in einem demokratischen Prozess gewonnen Ergebnisses zu verpassen.

Es bleibt abzuwarten, ob die Pauschalkritik von Klimaaktivisten, wie kürzlich vor dem Dienstgebäude des Regionalverbandes in Ravensburg, am Ende gar mehr Einfluss auf die Gestaltung des neuen Regionalplanes haben wird als konstruktive Sachbeiträge gewählter kommunaler Mandatsträger und Gremien.

Der Gemeinderat nimmt ausgehend von diesen allgemeinen Feststellungen wie folgt Stellung:

Regionalplan – Stellungnahme Kiesabbau

1.

ID 437-111 VRG-Abbau, Kiesgrube Ostrach-Ochsenbach

ID 437-112 VRG-Sicherung, Kiesgrube Ostrach-Ochsenbach

Die Gemeinde Ostrach lehnt die Aufnahme dieser Flächen in den Regionalplan ab.

Auf die Stellungnahme des Gemeinderates Ostrach vom 26.09.2018 und die Stellungnahme des Ortschaftsrates Burgweiler vom 23.07.2018 in der Anlage wird verwiesen.

Durch dieses Abbauggebiet würde eine komplett neue Kiesabbaugrube geschaffen mit allen negativen Konsequenzen für die Schutzgüter Mensch, Natur, Umwelt, Boden und Wasser.

Welche bereits heute rechtswirksam durch folgende bestehende Schutzzonen staatlich geschützt werden:

- Wasserschutzzone III B (welche seit 25.06.1990 Rechtskraft erlangt hat)
- Einzugsgebiet und Wasserzulauf zum Trinkwasserbrunnen

und Trinkwasservorkommen „Spitzbreite“, welcher ohnehin durch einen erhöhten Nitratgehalt problembehaftet ist und von wo aus das Wasser weiter in das besonders schützenswerte Andelsbachtal fließt

- Kaltluftstromkorridor
- die Wohlfahrtswirkung der Landschaft würde dadurch wesentlich

gestört

- der Umfang des möglichen Kiesabbaus steht in keinem Verhältnis zu den negativen Auswirkungen auf Mensch, Natur und Umwelt

2.

ID 437-125 VRG-Abbau, Kiesgrube Jettkofen-Lohstock in Ostrach
Die Gemeinde Ostrach lehnt die Aufnahme dieser Flächen in den Regionalplan ab.

Auf die Stellungnahme des Gemeinderates Ostrach vom 26.08.2018, die Stellungnahme des Ortschaftsrates Jettkofen vom 28.08.2018, die Stellungnahme des Ortschaftsrates Wangen vom 16.08.2018 sowie die Stellungnahme von Bürgern aus Jettkofen vom 16.09.2018 in der Anlage wird verwiesen.

Durch dieses Abbaugelände würde eine komplett neue Kiesabbaugrube (gravierender Eingriff in die Erdoberfläche / weit sichtbares Loch), neben bereits zwei bestehenden auf der Gemarkung Jettkofen geschaffen, mit allen negativen Konsequenzen für die Schutzgüter Mensch, Natur, Umwelt, Boden und Wasser - welche bereits heute rechtswirksam durch folgende bestehenden Schutzzonen von unserem Staat geschützt werden:

- Abbaugelände grenzt unmittelbar an das Wasserschutzgebiet III B „Eimühle“ an, welches seit 04.07.1997 Rechtskraft erlangt hat und als Einzugsgebiet für den Haupttrinkwasserbrunnen der Gemeinde Ostrach dient
- Abbaugelände grenzt unmittelbar an die Grundwasserhauptflussrichtung vom Wagenhart bei Hoßkirch bis zu den bestehenden Baggerseen des direkt benachbarten Kieswerks Weimar in Jettkofen

- Kaltluftstromkorridor
- die Wohlfahrtswirkung der Landschaft würde dadurch wesentlich negativ beeinflusst

- der Umfang des möglichen Kiesabbaus steht in keinem Verhältnis zu den negativen Auswirkungen für Mensch und Natur
- da das dort gewonnene Kies nicht Vorort, sondern im ca. 16 km entfernten Kieswerk in Rulfingen aufgearbeitet werden soll, werden für den Abtransport zur Aufbereitungsanlage pro Fuhre mindestens 32 km benötigt, wodurch der Umweltschaden für Mensch und Natur noch größer wird und der Nutzen daraus in keinem Verhältnis zu dem verursachten Schaden steht

Regionalplan – Stellungnahme zu den geplanten Vorranggebieten für Naturschutz und Landschaftspflege:

1.

Landwirtschaftliche Hofstellen:

Die aktiven landwirtschaftlichen Hofstellen, die durch die Planung des Regionalverbades betroffen sind, brauchen Standortsicherheit für Ihre Zukunft. Hierbei darf die Vereinbarkeit mit dem Biotopverbund keinen negativen Einfluss haben, vielmehr muss das rechtswirksame Institut der landwirtschaftlichen Privilegierung uneingeschränkt erhalten bleiben.

2.

Gewässerrandstreifen:

Auf allen Flächen innerhalb unserer Ortslagen fordern wir die Herausnahme der Festsetzung „Vorrangfläche für Naturschutz und Landschaftspflege“ auch bei größeren Freiflächen (Außenbereich im Innenbereich). Der angestrebte Biotopverbund ist bereits durch geltende gesetzliche Regelungen gewährleistet. Bereits in der Vergangenheit konnten in unserer Gemeinde angestrebte Baumaßnahmen wegen Vorranggebieten für Naturschutz und Landschaftspflege nicht verwirklicht werden. Dies wäre in den Ortslagen eine unzumutbare Einschränkung.

Es soll nochmals betont werden:

Die Gemeinde Ostrach als der Hauptlieferant Nr. 1 des Rohstoffs Kies für den Bereich des Regionalverbandes Bodensee-Oberschwaben bittet diesen im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zur Fortschreibung des Regionalplanes, die hier vorgebrachten, konstruktiven Einwenden sehr ernst zu nehmen.

Die Gemeinde Ostrach hat sich in Jahrzehnten des Kiesabbaus stets als verantwortungsvoller Partner erwiesen. Es besteht aber jetzt die reale Gefahr, dass diese Haltung nachhaltig in Frage gestellt wird und der Weg des Miteinanders verlassen werden könnte. Dies hätte auch Auswirkungen auf die derzeit im Gemeindegebiet agierenden Kiesunternehmen. Der Gemeinderat wünscht eine solche Entwicklung nicht – dies setzt aber voraus, dass der Regionalverband unseren weiterhin konstruktiven Ansatz endlich anerkennt.

Bei einer Besichtigung vor Ort, zu der alle Mitglieder der Verbandsverwaltung von der Gemeinde recht herzlich eingeladen sind, können sich diese gerne von der Stichhaltigkeit der vorgebrachten Argumente persönlich überzeugen. Für eine konkrete schriftliche Antwort durch den Regionalverband zu der eingebrachten Stellungnahme wären wir sehr dankbar. Dies betrachten wir als Bestandteil einer Anhörung. Für Rückfragen stehen wir Ihnen natürlich jederzeit gerne zur Verfügung.

Baugesuche

Der Gemeinderat stellt das Einvernehmen zu folgendem Baugesuch einstimmig her:
Abbruch eines Wohnhauses mit Garage und Schuppen, Neubau eines Mehrfamilienwohnhauses, Ostrach, Wilhelmsdorfer Str.

Der Gemeinderat stellt vorbehaltlich der Zustimmung des Ortschaftsrats das Einvernehmen zu folgendem Baugesuch einstimmig her:
Neubau eines Einfamilienwohnhauses mit Carport, Einhart, Mühlenstraße

Der Gemeinderat stellt das Einvernehmen zu folgender Bauvoranfrage einstimmig her:
Neubau eines Einfamilienwohnhauses mit Garage, Burgweiler, Rotenbühlstraße

Für die Bauvoranfrage „Aufstellen von 3 Bürocontainer und 1 Rundbogenhalle für Kleingeräte Ochsenbach, Hagenweg“ wurden folgende Beschlüsse gefasst:

Mit 13 Ja-Stimmen, 2 Gegenstimmen und einer Enthaltung wird mehrheitlich die Forderung beschlossen, dass die Baugenehmigung zeitlich an den Betrieb der Kiesgrube gekoppelt sein muss.

Mit 14 Ja-Stimmen und 2 Gegenstimmen wird mehrheitlich folgender Beschluss gefasst:

Der Gemeinderat stellt vorbehaltlich Ortschaftsrat das Einvernehmen zu dieser Bauvoranfrage her.